

## VORLESUNG ÖFFENTLICHES BAURECHT

### 17. Rechtsschutz im Öffentlichen Baurecht - Prüfungsschemata

#### <1> Verpflichtungsklage des Bauherrn auf Baugenehmigung

A. **Zuständigkeit der VG:** § 40 VwGO, sachlich § 45 VwGO, örtlich § 52 Nr. 1 VwGO

B. **Zulässigkeit**

1. **Klageart:** Verpflichtungsklage (§ 42 Abs. 1 VwGO)

2. **Klagebefugnis** (§ 42 Abs. 2 VwGO): Anspruch aus Art. 72 Abs. 1 BayBO

3. **Vorverfahren** (§ 68 VwGO)

4. **Klagefrist** (§ 74 VwGO)

5. **Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen** (Beteiligungsfähigkeit § 61 VwGO, ...)

C. **Notwendige Beiladung** (§ 65 Abs. 2 VwGO):

- ggf. Gemeinde, wenn das Einvernehmenserfordernis gem. § 36 BauGB greift (BVerwG, U.v. 22.4.1966 – IV C 17.65, NJW 1966, 1530 f.; vgl. auch U.v. 11.2.1993 – 4 C 25.91, BVerwGE 92, 66 = DVBl. 1993, 657 – Beiladung der Gemeinde jedenfalls gerechtfertigt bei Zweifeln über die Gültigkeit eines Bbpl.)

D. **Begründetheit:**

**Obersatz:** Die Verpflichtungsklage ist begründet, wenn der Versagungsbescheid rechtswidrig ist und der Kläger dadurch in seinen Rechten verletzt wird (§ 113 Abs. 5 Satz 1 VwGO). Das wäre der Fall, wenn der Kläger gegenüber dem Beklagten einen **Anspruch auf Erteilung der Baugenehmigung** hätte. Dieser könnte sich aus Art. 72 Abs. 1 BayBO ergeben, wenn das Vorhaben genehmigungspflichtig und – gemessen an dem dafür relevanten Prüfungsprogramm – genehmigungsfähig wäre.

1. **Passivlegitimation (§ 78 VwGO)**

Nach dem in Bayern geltenden Rechtsträgerprinzip (§ 78 Abs. 1 Nr. 1 VwGO) ist die für die Erteilung der Baugenehmigung zuständige Körperschaft (= Behördenträger) zu verklagen.

- bei der *Verpflichtungsklage* ist die Zuständigkeit des Behördenträgers im Rahmen der Passivlegitimation zu prüfen; denn gegenüber der *unzuständigen* Behörde kann *niemals* ein Anspruch bestehen!

2. **Rechtsgrundlage** Art. 72 BayBO als Anspruchstatbestand:

- Genehmigungsbedürftigkeit (Art. 62 BayBO),  
(Bauliche Anlage gem. Art. 2 Abs. 1 BayBO; Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung; keine Ausnahme gem. Art. 63, 64, 85, 86 und 87 BayBO oder § 13 BImSchG)
- Einhaltung der Anforderungen an einen *Bauantrag* (formell: Art. 67, 68 BayBO; inhaltlich: Bestimmtheit)
- materielle Genehmigungsfähigkeit in dem durch die BayBO der Bauaufsichtsbehörde vorgegebenen **Prüfungsumfang** (= Frage des Prüfungsmaßstabs; typischerweise Art. 73 BayBO)

→ Relevanter **Zeitpunkt** für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage:  
Letzte mündliche Verhandlung, also die Gegenwart.

→ Die gerichtliche **Kontrolldichte** ist unbeschränkt, da – solange nicht eine Befreiung oder Abweichung erforderlich ist – eine reine *Rechtsprüfung* stattfindet und Art. 72 BayBO einen Anspruch und kein Ermessen normiert.

3. **Subjektive Rechtsverletzung** (= Anspruch) bei rechtswidriger Versagung und bestehender Genehmigungsfähigkeit folgt aus der Anspruchsnorm des Art. 72 BayBO.

## VORLESUNG ÖFFENTLICHES BAURECHT

### <2> Anfechtungsklage des Nachbarn gegen eine Baugenehmigung

**A. Zuständigkeit des VG:** § 40 VwGO, sachlich § 45 VwGO, örtlich § 52 Nr. 1 VwGO

#### **B. Zulässigkeit**

**1. Klageart:** Anfechtungsklage (§ 42 Abs. 1 VwGO)

Die Möglichkeit der Anfechtung verdrängt den umständlicheren und weniger effektiven Weg der *Verpflichtung der Behörde zur Rücknahme der Baugenehmigung*, da die Rücknahme gemäß Art. 48 BayVwVfG jedenfalls im behördlichen Ermessen steht. Anders, als Studenten gerne unterstellen, ergibt sich auch *keine* automatische Reduzierung des Rücknahmeermessens etwa aus dem Rechtsstaatsprinzip!

**2. Klagebefugnis** (§ 42 Abs. 2 VwGO): allein die Berufung auf Art. 14 GG reicht *nicht* aus, da Nachbarschutz grds. nur so weit besteht, wie ihn der einfache Normgeber normiert hat (BVerwG, U.v. 23.8.1996 – 4 C 13.94, BVerwGE 101, 364 <372 f.> = DVBl. 1997, 61 <62>).

→ Schutznormtheorie: Drittschützende Norm?

a) Räumlicher Schutzbereich?

b) Rechtlicher Schutzzumfang: *Dingliche* Berechtigung? (Baurechtl. Nachbarschutz = Eigentumsschutz)

c) Keine Verwirkung durch Unterschrift unter die Bauvorlagen (Art. 71 Abs. 1 Satz 2 BayBO)

**3. Vorverfahren** (§ 68 VwGO)

**4. Klagefrist** (§ 74 VwGO) ...

**C. Notwendige Beiladung** (§ 65 Abs. 2 VwGO):

→ Bauherr wegen der evtl. drohenden gerichtlichen Aufhebung der ihm erteilten Baugenehmigung

#### **D. Begründetheit:**

**Obersatz:** Die Anfechtungsklage ist begründet, wenn die Baugenehmigung rechtswidrig ist und der Kläger dadurch in seinen Rechten verletzt wird (§ 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO);<sup>1</sup> d.h. wenn nachbarschützende Vorschriften verletzt wären, auf deren Einhaltung sich der Kläger berufen kann.

**1. Passivlegitimation** (§ 78 VwGO): allein auf die handelnde Behörde abzustellen

**2. Prüfungsmaßstab:** Aus pragmatischen Gründen empfiehlt es sich, den Prüfungsmaßstab von Anfang an auf *subjektivrechtlich relevante* Vorschriften einzuengen; denn allein eine objektivrechtliche Rechtswidrigkeit der Baugenehmigung vermag der Nachbarklage keinesfalls zum Erfolg zu verhelfen

a) Genehmigungsbedürftigkeit (Art. 62 BayBO)

b) Anforderungen an einen *Bauantrag*, (Bestimmtheit des Bauantrags bezüglich nachbarschützender Belange)

c) materielle Genehmigungs*fähigkeit* in dem durch die BayBO der Bauaufsichtsbehörde vorgegebenen *Prüfungsumfang* (= Frage des Prüfungsmaßstabs; typischerweise Art. 73 BayBO) hinsichtlich potentiell drittschützender Vorschriften

→ Relevanter **Zeitpunkt** für die Beurteilung ist grundsätzlich die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Genehmigungserteilung.

- Spätere Änderungen *zulasten* des Bauherrn bleiben außer Betracht.

- Nachträgliche Änderungen *zugunsten des Bauherrn* sind dagegen zu berücksichtigen, da es mit der nach Maßgabe des einschlägigen Rechts gewährleisteten Baufreiheit nicht vereinbar wäre, eine zur Zeit des Erlasses rechtswidrige Baugenehmigung aufzuheben, die sogleich nach der Aufhebung wieder erteilt werden müsste.<sup>2</sup>

**3. Subjektive Rechtsverletzung** des Nachbarn *gerade durch* den festgestellten Rechtsverstoß? (negativ bei objektivrechtlichen materiellen Vorschriften wie z.B. Art. 11 BayBO)

<sup>1</sup> Dann greift die *gerichtliche* Aufhebungsbefugnis und -pflicht aus § 113 Abs. 1 VwGO; völlig verfehlt wäre in diesem Zusammenhang die Heranziehung der Art. 48 und 49 BayVwVfG für die *behördliche* Aufhebung!

<sup>2</sup> BVerwG, U.v. 5.10.1965 - 4 C 3.65, BVerwGE 22, 129; B.v. 22.4.1996 - 4 B 54.96, Buchholz 406.19 Nachbarschutz Nr. 132 – jedenfalls mit dieser Begründung eher zweifelhafte Rechtsprechung.

## VORLESUNG ÖFFENTLICHES BAURECHT

### <3> Anfechtungsklage des Bauherrn gegen eine bauaufsichtliche Anordnung

... **C. Beiladung** (§ 65 Abs. 2 VwGO) stellt sich hier nicht; ggf. *einfache* Beiladung des Nachbarn, wenn auf dessen Antrag die bauaufsichtliche Anordnung erlassen worden ist

#### D. Begründetheit:

**Obersatz:** Die Anfechtungsklage ist begründet, wenn (z.B. Beseitigungsanordnung) rechtswidrig ist und der Kläger dadurch in seinen Rechten verletzt wird (§ 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO).

#### 1. Passivlegitimation (§ 78 VwGO)

#### 2. Rechtsprüfung:

a) **Befugnisnorm:** z.B. Art. 82 Satz 1 BayBO

b) **Formelle Prüfung** (Zuständigkeit, Form, Verfahren Art. 28 BayVwVfG)

c) **Materielle Rechtmäßigkeit:**

Rechtsprüfung: Subsumtion unter die Tatbestandsmerkmale der Befugnisnorm unter Differenzierung zwischen formeller und materieller (II-)Legalität (= richterliche Vollkontrolle)  
→ bei materieller Legalität: Zeitlicher Horizont (Grundsätze des passiven Bestandsschutzes)

Ermessensprüfung: Reduzierte gerichtliche Kontrolldichte (§ 114 Satz 1 VwGO)

#### 3. Subjektive Rechtsverletzung

### <4> Verpflichtungsklage des Nachbarn auf bauaufsichtliches Einschreiten

... **B. Zulässigkeit** ...

#### 2. Klagebefugnis (§ 42 Abs. 2 VwGO):

→ Möglichkeit der Ermessensreduzierung aus z.B. Art. 82 BayBO? ...

#### C. Notwendige Beiladung (§ 65 Abs. 2 VwGO):

→ Bauherr wegen der vom Nachbar erstrebten, ihm drohenden Verfügung<sup>3</sup>

#### D. Begründetheit:

**Obersatz:** Die Verpflichtungsklage ist begründet, wenn das Vorhaben des Bauherrn formell und materiell illegal ist und sich das Ermessen auf bauaufsichtliches Einschreiten zugunsten des Nachbarn auf Null reduziert hat (Spruchreife § 113 Abs. 5 Satz 1 VwGO). Wenn die Behörde das Ermessen fehlerhaft ausgeübt hat, daraus aber keine Ermessensreduzierung eintritt, könnte das Gericht nur eine Verpflichtung zur (erneuten) Bescheidung aussprechen (§ 113 Abs. 5 Satz 2 VwGO).

#### 1. Passivlegitimation (§ 78 VwGO)

#### 2. Rechtsprüfung: Rechtsgrundlage z.B. Art. 82 Satz 1 BayBO

a) **Formelle Prüfung** (Zuständigkeit, Form, Verfahren)

b) **Tatbestandsvoraussetzungen der Befugnisnorm erfüllt?** Subsumtion unter die Tatbestandsmerkmale der Befugnisnorm unter Differenzierung zwischen formeller und materieller (II-)Legalität (= richterliche Vollkontrolle)  
→ bei materieller Legalität: zeitlicher Horizont (Bestandsschutz)

c) **Rechtmäßigkeit der Ermessensausübung**, *nicht* gegen das Vorhaben einzuschreiten?  
(Allein ein Ermessensfehler führt nicht zwingend zur *Ermessensreduzierung*; daher eigentlich irrelevant)

**3. Anspruch:** *Ermessensreduzierung* bedarf besonderer Herleitung (besonders schwere nachbarliche Beeinträchtigung, Zusage an Nachbarn, Art. 3 Abs. 1 GG, keine anderweitige Abwehrmöglichkeit; Ermessensverdichtung bei Verstoß gegen nachbarschützendes Bauplanungsrecht<sup>4</sup>)

<sup>3</sup> BVerwG, B.v. 6.5.1992 – 4 B 139.91, BayVBl. 1992, 599 <600> = NJW 1993, 79.

<sup>4</sup> Vgl. BVerwG, B.v. 9.2.2000 – 4 B 11.00, BauR 2000, 1318 (str.).

## VORLESUNG ÖFFENTLICHES BAURECHT

### <5> Vorläufiger Rechtsschutz gem. §§ 80a, 80 Abs. 5 VwGO

#### 0. Vorbemerkung: Klarstellung des Begehrens

§ 123 Abs. 5 VwGO: Exklusives Verhältnis von § 80 Abs. 5 VwGO und einstweiliger Anordnung  
Fallkonstellationen:

- Anfechtung einer für sofort vollziehbar erklärten bauaufsichtlichen Verfügung durch Bauherrn
- Anfechtung einer (gem. § 212a BauGB von Gesetzes wegen) sofort vollziehbaren Baugenehmigung

#### A. Zuständigkeit des angerufenen Gerichts

1. Rechtsweg (§ 40 VwGO)
2. Gericht der Hauptsache (§ 80 Abs. 5 Satz 1 VwGO)

#### B. Zulässigkeit

1. **Statthaftigkeit** des Antrags → Klageart in der Hauptsache = Anfechtungsklage (s.o. Vorbemerkung) und Sofortvollzug des VA (§ 80 Abs. 2 VwGO):
  - Durch Gesetz bei Nachbaranfechtung der Baugenehmigung (§ 212a BauGB)
  - Behördliche Vollzugsanordnung zu bauaufsichtlicher Verfügung ggü. Bauherrn im Einzelfall
2. **Antragsbefugnis** (§ 42 Abs. 2 VwGO analog)
3. **Antrag auf Aussetzung** des Sofortvollzugs **bei der Behörde** (§ 80 Abs. 6, Abs. 4 VwGO)
4. Allgemeine Sachentscheidungs Voraussetzungen:  
Beteiligten- (§ 61 VwGO), Prozeß- (§ 62 VwGO) und Postulationsfähigkeit (§ 67 VwGO),  
Ordnungsgemäßer Antrag (Form: § 81 VwGO und Inhalt: § 82 VwGO analog)

#### 6. Allgemeines **Rechtsschutzbedürfnis**:

Zeitliche Eröffnung: Antrag auch schon *vor* Erhebung des Widerspruchs bzw. Klage zulässig

Zeitliche Limitierung: Kann Hauptsacherechtsbehelf noch zulässigerweise erhoben werden?

(*Akzessorietät* des einstweiligen Rechtsschutzes zur Hauptsache)

→ ggf. Widerspruchs- oder Klagefrist inzident zu prüfen!

- Umsetzung/Verwirklichung der Regelung bereits abgeschlossen?

#### C. Ggf. Beiladung (§ 65 Abs. 2 VwGO)

→ im Fall der Anfechtung der dem Nachbarn erteilten Baugenehmigung

#### D. Begründetheit

Der Antrag ist begründet, wenn

<1> er gegen den richtigen Antragsgegner gerichtet worden ist (Passivlegitimation) und

<2> im Falle der behördlichen Vollzugsanordnung das besondere Vollzugsinteresse mangelhaft begründet worden ist (§ 80 Abs. 3 VwGO)

[dieser Schritt entfällt bei § 212a BauGB = gesetzlicher Entfall der aufschiebenden Wirkung] oder

<3> in der vom Gericht im summarischen Verfahren zu treffenden Abwägung

- das individuelle Suspensivinteresse des Antragstellers
- das geltend gemachte besondere (öffentliche oder private) Vollzugsinteresse (der Behörde oder des Bauherrn) überwiegt.

Diese Abwägung richtet sich (wegen der Akzessorietät des einstweiligen Rechtsschutzes zur Hauptsache) nach den *Erfolgsaussichten im Hauptsacheverfahren* (Rechtswidrigkeit des VA und subjektive Rechtsverletzung § 113 Abs. 1 Satz 1 VwGO).

## VORLESUNG ÖFFENTLICHES BAURECHT

### <6> Einstweilige Anordnung gem. § 123 VwGO

#### 0. Ggf. Vorbemerkung: Klarstellung des Begehrens

§ 123 Abs. 5 VwGO: Exklusives Verhältnis von § 80 Abs. 5 VwGO und einstweiliger Anordnung  
= Antrag auf Erlass einer auf vorläufige Baueinstellung gerichteten einstweiligen Anordnung

#### A. Zuständigkeit des angerufenen Gerichts

1. Rechtsweg (§ 40 VwGO)
2. Gericht der Hauptsache (§ 123 Abs. 2 VwGO)

#### B. Sachentscheidungsvoraussetzungen

1. **Statthaftigkeit** des Antrags → Klageart in der Hauptsache = alles außer Anfechtungsklage (s.o. Vorbemerkung); kein Antrag gegen isolierte Verfahrenshandlung gem. § 44a VwGO  
→ Ziel: Sicherungsanordnung oder Regelungsanordnung (§ 123 Abs. 1 Satz 1 oder Satz 2 VwGO)?
2. **Antragsbefugnis** (§ 42 Abs. 2 VwGO analog): Geltendmachung von
  - a) *Anordnungsanspruch* (= der *materielle* Anspruch)
  - b) *Anordnungsgrund* (= Grund, warum Zuwarten bis zu rechtskräftiger Entscheidung in der Hauptsache unzumutbar ist)
3. Keine Vorwegnahme der Hauptsache (z.B. keine vorläufige Baugenehmigung)  
Ausnahmen bei Unzumutbarkeit des Zuwartens und Drohen schwerwiegender und irreparabler Nachteile
4. Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen  
Beteiligten- (§ 61 VwGO), Prozeß- (§ 62 VwGO) und Postulationsfähigkeit (§ 67 VwGO);  
Ordnungsgemäßer Antrag (Form: § 81 VwGO und Inhalt: § 82 VwGO analog)
5. Allgemeines **Rechtsschutzbedürfnis**:
  - Behörde überhaupt schon sachlich befasst?  
(entsprechender Antrag bei der Behörde gestellt?)
  - Antrag vor Klage- oder Widerspruchserhebung zulässig (§ 123 Abs. 1 Satz 1 VwGO)

#### C. Notwendige Beiladung (§ 65 Abs. 2 VwGO):

→ Bauherr wegen der vom Nachbar erstrebten, ihm drohenden Verfügung<sup>5</sup>

#### D. Begründetheit

Der Antrag ist begründet, wenn

<1> der Antrag gegen den richtigen Antragsgegner gerichtet worden ist (Passivlegitimation)

und

<2> der *Anordnungsanspruch* und der *Anordnungsgrund* glaubhaft (gemacht worden) sind (§ 123 Abs. 3 i.V.m. § 920 Abs. 2 ZPO); was Glaubhaftmachung bedeutet, ergibt sich aus § 294 ZPO (= Zulassung nur *präsen*ter Beweismittel; mindere Stufe als richterliche Überzeugungsgewissheit gem. § 108 Abs. 1 VwGO).

<sup>5</sup> BVerwG, B.v. 6.5.1992 – 4 B 139.91, BayVBl. 1992, 599 <600> = NJW 1993, 79.

## VORLESUNG ÖFFENTLICHES BAURECHT

### <7> Normenkontrollantrag gem. § 47 VwGO

#### A. Zulässigkeit des Antrags

##### 1. Zuständigkeit des VGH

1.1 Rechtsweg: „im Rahmen seiner Gerichtsbarkeit“ → § 40 VwGO (Bbpl. = Satzung § 10 BauGB)

1.2 sachlich: § 47 VwGO = OVG = BayVGH (§ 184 VwGO, Art. 1 Abs. 1 AGVwGO)

2. **Statthaftigkeit:** § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO (insoweit Rückgriff auf Art. 5 Satz 1 AGVwGO unnötig)  
→ Beschränkung des **Art. 5 Satz 2 AGVwGO (Gestaltungssatzung)** beachten!<sup>6</sup>

##### 3. **Antragsbefugnis** (§ 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO)

Bei Privaten: Möglichkeit subj. *Rechtsverletzung* ist vinkuliert an das *materielle* Recht:

##### a) Drittschützende Norm? → § 1 Abs. 7 BauGB

→ Das BVerwG erkennt ein subjektives Recht der Betroffenen (bzw. der Angrenzer an das Plangebiet) auf gerechte Abwägung an (BVerwG, U.v. 24.9.1998 - 4 CN 2.98, DVBl. 1999, 100 <102>).

##### b) Geltendmachung abwägungsbeachtlicher Belange durch den Antragsteller?

- sachlich (z.B. Verkehrslärmbelastung durch Erschließungsverkehr des Baugebiets)

- persönlich (auch Mieter des Grundstücks (BVerwG, U.v. 21.10.1999 – 4 CN 1.98, ZfBR 2000, 199)

##### c) **Keine Präklusion** gem. § 47 Abs. 2a VwGO<sup>7</sup>

4. **Antragsfrist:** § 47 Abs. 2 Satz 1 VwGO: **1 Jahr** (!) ab Bekanntmachung der Satzung<sup>7</sup>

5. **Rechtsschutzbedürfnis:** Kann ein stattgebendes Normenkontrollurteil die Rechtsstellung des Ast. verbessern? → Bebauungsplan (nahezu) verwirklicht, erteilte Baugenehmigungen bestandskräftig?

6. **Richtiger Antragsgegner:** § 47 Abs. 2 Satz 2 VwGO

#### C. Beiladung

Gemäß § 47 Abs. 2 S. 4 VwGO sind die Beiladungsvorschriften entsprechend anzuwenden, um z.B. den von einer Unwirksamkeitserklärung des Bebauungsplans betroffenen Grundeigentümern im Plangebiet rechtliches Gehör zu verschaffen.

#### D. Begründetheit (eines Normenkontrollantrags gegen einen Bebauungsplan)

##### 1. Ungültigkeit der Rechtsvorschrift?

a) Rechtsgrundlage: § 9 Abs. 1 – 4, 7 BauGB, § 1 ff. BauNVO

b) Aufstellungsverfahren (Aufstellungsbeschluss, Bürgerbeteiligung, ...)

→ ggf. Fehlerrelevanzvorschriften (§ 214 Abs. 1 BauGB, § 215 Abs. 1 Nr. 1 BauGB: **Ein-Jahres-Frist**<sup>7</sup>) und verfahrensrechtliche Anforderungen an die Abwägung (§ 2 Abs. 3 BauGB, § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB, § 214 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BauGB) prüfen

c) Materielle Prüfung (→ Einzelne Festsetzungen prüfen!)

aa) Typenzwang der Festsetzungen (§ 9 BauGB, § 1 ff. BauNVO)

bb) Entwicklung aus dem FNP (§ 8 BauGB) → § 214 Abs. 2, § 215 Abs. 1 Nr. 2 BauGB: **Jahres-Frist**

cc) Anpassungsgebot (§ 1 Abs. 4 BauGB)

dd) Erforderlichkeit (§ 1 Abs. 3 BauGB)

ee) Materieller Teil des Abwägungsgebots (§ 1 Abs. 6, Abs. 7 BauGB) → § 214 Abs. 3 Satz 2

→ § 215 Abs. 1 Nr. 3 BauGB: **Jahres-Frist**

→ in der Begründetheitsstation ist *keine* subj. *Rechtsverletzung* zu prüfen!!!

2. Wenn beachtlicher Rechtsfehler: Erstreckt sich der Fehler auf den **gesamten** Bbpl. oder lässt er sich sachliche auf **einzelne** Festsetzungen bzw. räumlich auf ein **Teilgebiet** des Bbpl. reduzieren?

3. Wenn beachtlicher Fehler: (Teil-)Unwirksamkeitserklärung des Bbpl. durch den VGH gem. § 47 Abs. 5 Satz 2 VwGO und Publikationspflicht der Gemeinde

<sup>6</sup> Gültigkeit der Vorschrift ist str.; vgl. die Kontroverse *Geiger*, BayVBl. 1995, 363 und *Allesch*, BayVBl. 1996, 331.

<sup>7</sup> Nota bene: Seit 1.1.2007 durch Gesetz vom 21.12.2006, BGBl. I S. 3316 (Verfassungsmäßigkeit problematisch).